

**Romeo Rey**

**Im Sternzeichen  
des Che Guevara**

Theorie und Praxis der Linken  
in Lateinamerika



**VSA**

Romeo Rey  
Im Sternzeichen des Che Guevara

*Romeo Rey* war von 1969 bis 2002 Lateinamerika-Korrespondent verschiedener deutschsprachiger Medien, vor allem beim »Tages Anzeiger« (Zürich) und der »Frankfurter Rundschau«. Gegenwärtig lebt er in der Schweiz.

**Romeo Rey**  
**Im Sternzeichen des Che Guevara**  
Theorie und Praxis der Linken  
in Lateinamerika

VSA-Verlag Hamburg

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 978-3-89965-319-9

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	10
<b>Der »Che«, das Leitbild</b> .....	18
Das Ideal einer humanen Gesellschaft .....	20
Schock der Realität .....	23
Ches Geheimnis .....	25
<b>Vordenker der lateinamerikanischen Linken</b> .....	28
Alejandro Korn .....	28
José Ingenieros .....	30
Víctor Raúl Haya de la Torre .....	31
José Carlos Mariátegui .....	33
Julio Antonio Mella .....	35
<b>Emiliano Zapata und die Mexikanische Revolution</b> .....	39
<b>Kommunisten und Volksfronten</b> .....	49
Das sowjetische Diktat .....	51
Status der Kommunisten in Lateinamerika .....	54
<b>Augusto César Sandino</b> .....	57
Lehrzeit in Mexiko .....	58
Das Paradies auf Erden .....	61
Die krude Wirklichkeit des Befreiungskriegs .....	64
Dumpe Vorahnung und gewaltsamer Tod .....	67
<b>Die Kubanische Revolution</b> .....	69
Eine »vernichtende Bilanz« .....	71
Warum die Revolution trotzdem Bestand hat .....	73
Hin und Her in der Wirtschaftspolitik .....	75
Erziehung als Priorität .....	80
Poder popular – Alle Macht dem Volk? .....	82

Kollaps, Abnabelung und Erholung .....	87
Kuba nach Castro .....	90
<b>Erste Welle von Guerillas .....</b>	<b>94</b>
Export der Revolution .....	95
Ursprung, Exzess und Dogmatik der Ultras .....	98
Blutbäder von Mexiko bis zum Südzipfel Amerikas .....	101
Kolumbiens ewiger Bürgerkrieg .....	105
Zwischen Terrorismus und Illusion .....	109
<b>Theologie der Befreiung .....</b>	<b>111</b>
Lichtblicke in einer konservativen Kirche .....	111
<b>Die Regierung von Salvador Allende .....</b>	<b>117</b>
Populistisch angehauchte Wirtschaftspolitik .....	118
Allende zwischen Hammer und Amboss .....	121
Der lange Schatten der CIA .....	126
Ohne Waffengewalt kein Sozialismus? .....	129
<b>Zweite Etappe der Guerilla .....</b>	<b>133</b>
Schulterschluss mit den Volksorganisationen .....	133
Kein Sieg im Krieg, keine Mehrheit an den Urnen .....	138
Sendero Luminoso als Antithese: Kult der Gewalt .....	141
<b>Nicaraguas FSLN – Von der Euphorie zur Ernüchterung .....</b>	<b>144</b>
Ein zweites Kuba? .....	145
Die alten Probleme revolutionärer Wirtschaftspolitik .....	148
Taktische und strategische Fehler .....	151
Zum ersten Mal ein bisschen Demokratie .....	154
Das Imperium schlägt zurück .....	158
Ein unschönes Ende .....	160
<b>Dritte Phase der Guerilla .....</b>	<b>165</b>
Chiapas im Zeichen des peripheren Kapitalismus .....	165
Dem Beispiel Zapatas folgen .....	167
Fehlentscheide und Korrekturen .....	170

<b>Venezuelas »bolivarianische Revolution«</b> .....	174
Niedergang der einstigen Musterdemokratie .....	175
Chávez bereitet sich auf eine lange Herrschaft vor .....	178
Umverteilung des Reichtums ohne Umweg .....	181
Kontinentale Solidarität .....	185
Die wirtschaftliche Bilanz .....	188
Wie seriös und solide ist das Regime? .....	191
<b>Der Geist von Porto Alegre</b> .....	197
Stetiges Wachstum der Volksorganisationen .....	197
Beispiele von Basisdemokratie in Brasilien .....	200
Das Erwachen der Ureinwohner Boliviens .....	203
Erstarken der Demokratie? .....	207
Selbstverwaltung und Selbstbewusstsein .....	210
<b>Erfahrungen und Erkenntnisse auf der Suche Lateinamerikas nach einer sozialen Demokratie</b> .....	214
<b>Literatur und Quellen</b> .....	239
<b>Personenregister</b> .....	244



*All denjenigen, welche die Hoffnung nicht verlieren*

# Einleitung

Mitte 2008 regierte in neun von den zehn Staaten Südamerikas iberischer Abstammung »die Linke«. Nur Kolumbien war zu diesem Zeitpunkt – zumindest auf den ersten Blick – in bürgerlich-konservativen Händen. Chile, das unter General Augusto Pinochet rund 17 Jahre lang als Avantgardist des Neoliberalismus gegolten hatte, leitete 1990 mit dem Wahlsieg einer Koalition von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Sozialisten den Übergang zu einer formal demokratischen Herrschaft ein. Diese rückte mit jedem weiteren Urnengang ein paar kleine Schritte, vor allem sozialpolitischer Natur, »nach links«. Dies allerdings, ohne der seit den späten 1970er Jahren vorherrschenden Wirtschaftsdoktrin abzuschwören.

1998 kam in Venezuela mit Hugo Chávez ein Mann an die Macht, der vorerst eine ideologisch unklare, vorwiegend populistisch geprägte Richtung einschlug. In den folgenden Jahren entpuppte sich der demokratisch gewählte und seither mehrmals wiedergewählte oder mittels Plebiszit im Amt bestätigte Präsident als immer deutlicher linksgerichtet. Er orientierte sich zusehends stärker am Regime Fidel Castros auf Kuba und steuerte immer zielstrebig auf einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« zu. Die Regierung von Caracas sollte sich, durch rasch steigende Erdöleinnahmen in Autonomie und Selbstbewusstsein gestärkt, alsbald als neue Drehscheibe im außenpolitischen Geschehen Lateinamerikas herausstellen, von wo aus in der Folge verschiedenartige Initiativen lanciert wurden.

Auf Regierungsebene genoss Chávez vorerst hauptsächlich aus Argentinien Sympathie. Das von Natur aus – ähnlich wie Venezuela – reich dotierte Land war zum Jahreswechsel 2001/02 in einem Staatsbankrott von monumentalen Ausmaßen und schweren sozialen Unruhen versunken. Anderthalb Jahre danach ging der Linksperonist Nestor Kirchner als Sieger aus den ersten Präsidentschaftswahlen nach dem Kollaps hervor. Er verfolgte eine Politik, die sich programmatisch nicht klar einordnen lässt, aber doch einen klaren Bruch mit der neoliberalen Linie unter seinen Amtsvorgängern Carlos Menem und Fernando de la Rúa bedeutete. Insbesondere das Moratorium auf Zahlungsverpflichtungen in einer Höhe von rund 100 Milliarden US-Dollar, womit sich die to-

tal überschuldete Nation Luft zu verschaffen suchte, und der unilateral von Buenos Aires entworfene Umschuldungsplan, der die betroffenen Gläubiger zu Abstrichen bei ihren Guthaben von rund zwei Dritteln des Nennwerts zwang, verströmten zumindest einen Hauch von linker Politik.

Ein weiterer Pflock im Linkskurs des Halbkontinents schien mit der Wahl von Luis Inácio »Lula« da Silva, dem Begründer der modernen Arbeiterbewegung in Brasilien, eingeschlagen zu werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde seine Partei allseits als politisch linksgerichtete Kraft eingestuft, in deren Innern sich ein relativ radikaler Sektor Gehör zu verschaffen verstand. Doch was die Regierung Lula in den nachfolgenden Jahren praktizierte, hat allenfalls mit einer Vertiefung gewisser sozialpolitischer – und vorwiegend karitativ orientierter – Programme und Projekte, höchst wenig aber mit sozialistischer Politik gemein. Trotzdem wurde Lula nach vier Jahren mit den Stimmen des nach wie vor gewaltig großen Heeres von Armen, die in ihm wenigstens immer noch »einen der ihrigen« sehen mochten, wiedergewählt.

2005 gaben auch die Uruguayer, zum ersten Mal in der Geschichte ihrer Republik überhaupt, ein mehrheitliches Votum für die Linke ab. Ihre »Breite Front« wurde seit über drei Jahrzehnten von den Kommunisten, Sozialisten und etwas später auch von Überlebenden der ehemaligen Tupamaros-Guerilla angeführt. Nachdem nun aber die Frentistas mit dem Arzt Tabaré Vázquez als Präsidentschaftskandidat die Volkswahl gewonnen hatten, stellte sich schon nach wenigen Monaten heraus, dass dieser einen eher noch milder sozialdemokratischen Kurs zu steuern gewillt war, als sein Amtskollege da Silva im benachbarten Brasilien es tat.

Ein anderer Wind fing im folgenden Jahr an zu wehen. Evo Morales als neugewählter Staatschef von Bolivien gab sich schon vor der Amtsübernahme als entschiedener Anhänger einer radikaleren Politik zu erkennen, wie Chávez sie seit geraumer Zeit vorexerzierte. Mit Verhandlungen, die sich über einige Monate hinzogen, zwang er über ein Dutzend transnationaler Unternehmen, unter ihnen die mächtige Exxon, die überaus großzügigen Verträge zur Ausbeutung von Erdöl und Erdgas, die von einem seiner Vorgänger (Gonzalo Sánchez de Lozada), nicht aber vom bolivianischen Parlament ratifiziert worden waren, durch andere zu ersetzen, bei denen der einheimische Staat wesentlich mehr Gewinne, Steuern und Gebühren »absahnen« konnte.

Dieser neue Modus der Zusammenarbeit zwischen Fremdkapital und Entwicklungsland schien auch den Ende 2006 ebenfalls an den Urnen erkorenen Präsidenten Rafael Correa in Ecuador von der Notwendigkeit

tiefgreifender Veränderungen zu überzeugen. Er wiederum schien bemüht zu sein, aus den Erfahrungen der neuen bolivianischen Regierung Lehren zu ziehen. Wie jene strebte er mit der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, eine »Neugründung der Republik« zu ermöglichen (was in der Geschichte des Äquatorstaates allerdings schon allzu oft versucht worden war). Aber einem Gewaltenkonflikt zwischen Constituyente und Parlament, wie er in Bolivien aufgebrochen war, ging er insofern aus dem Weg, als er die bisherige Legislative kurzerhand auflöste.

Weniger reformfreudig und eher auf den brasilianischen oder chilenischen Kurs abgestimmt gab sich der im selben Jahr wiedergewählte Alan García, der mit euphorischen Umgestaltungsplänen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einiges Unheil angerichtet hatte. Peru, so bestimmte er, sollte der weitgehend neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik treu bleiben, die ihm Alberto Fujimori und Alejandro Toledo in den vorangegangenen Amtsperioden als Medizin verschrieben hatten, denn damit waren wenigstens ansprechende Wachstumsraten erzielt worden. In Nicaragua wiederum kündigte sich mit der Rückkehr der Sandinisten unter der Führung von Daniel Ortega nach deren in einigen Aspekten gründlich misslungenen Revolution (1979-1990) ein eher gemäßigt sozialdemokratisches oder gar populistisches Regime als eine Herrschaft mit unmissverständlich sozialistischen Absichten an.

Insgesamt wurde auf der Karte Lateinamerikas jedenfalls ein »roter« Trend erkennbar. Dabei war noch zu beachten, dass eine ebenfalls linksgerichtete Kraft in Mexiko durch einen hart umstrittenen, längst nicht über alle Zweifel erhabenen Wahlprozess Mitte 2006 vermutlich um den Sieg geprellt wurde. Wäre dem Obersten Wahlgericht jenes Landes wirklich daran gelegen, alle Zweifel auszuräumen, hätte es eine umfangreichere Auszählung der Stimmen von Hand beschlossen. So aber blieb der Wurm im Apfel. Die Legitimität der Regierung des Konservativen Felipe Calderón war von allem Anfang an angeschlagen und der »besiegte« Kandidat Andrés Manuel López Obrador stellte mit seiner »Gelegenheitsregierung« einen Unsicherheits- und Unruhefaktor dar, der auf Dauer auch das wirtschaftspolitische Klima trüben könnte.

Nachdem Ende 2007 Cristina Fernández de Kirchner mit einem klaren Wahlsieg – wenn auch nicht mit absoluter Mehrheit – die Macht aus den Händen ihres Ehemannes Néstor Kirchner übernommen hatte, gesellte sich im folgenden Frühjahr als vorläufig Letzter der frühere katholische Bischof Fernando Lugo mit einem ähnlich deutlichen Verdikt an den Urnen in Paraguay zu den siegreichen »Progressisten« des Erdteils.

Er schrieb in dem nur spärlich industrialisierten Binnenstaat die Durchführung einer Landreform als wichtigstes Postulat auf die Fahnen seiner jungen Bewegung.

Dieser kurze Überblick zur politischen Entwicklung Lateinamerikas in neuester Zeit zeigt, dass man zwischen einer mehr oder weniger radikalen Linken mit gewissen Spuren von Populismus einerseits (Venezuela, Bolivien, Ecuador) und verschiedenen Varianten einer Linken, die man in den Medien als »realistisch« oder »pragmatisch« zu etikettieren pflegt, unterscheiden muss. Letztere orientierte sich offenbar zur Hauptsache an der europäischen Sozialdemokratie, rüttelte an den Grundfesten der privatwirtschaftlichen Ordnung ebenso wenig wie an der Vorherrschaft des Fremdkapitals. Sie trachtete nach einer Einordnung ihrer Staaten in die globalisierte Wirtschaft und trat den hegemonialen Ansprüchen der USA in der Region höchstens rhetorisch entgegen.

Eine erste Frage, die sich aus dieser kurz skizzierten Bilanz zu Beginn des 21. Jahrhunderts ergibt (und die sich in der ganzen Geschichte des Erdteils grundsätzlich stellt), ist diese: Was ist in Lateinamerika »links«? Welche Politiker, Parteien, Bewegungen, Regierungen, Aufstände und Revolutionen hatten und haben hier wirklich die Absicht, sozialistische Strukturen aufzubauen? Was für Erfahrungen wurden unter diesen Vorzeichen gemacht, wie weit waren sie erfolgreich und nachhaltig, in welchen Aspekten und aus welchen Gründen sind sie gescheitert? Welches ist sodann ihr politisches, wirtschaftliches, soziales Vermächtnis, welches also sind die Lehren, die sie zukünftigen Generationen von Lateinamerikanern<sup>1</sup> hinterlassen?

Einfach und eindeutig ist die Frage nach einer Definition linker Politik sicher nicht zu beantworten. Denn die Geistesgeschichte verläuft auch auf dem Subkontinent nicht geradlinig, sondern kurvenreich wie jeder Wandel im Leben von Individuen und Institutionen aller Art. Manche Volksführer wie etwa Rómulo Bétancourt in Venezuela haben ihre Arbeit als Herrschende mit beträchtlichem Reformeifer aufgenommen, sind dann aber aufgrund besonderer Umstände Schritt für Schritt nach rechts gerutscht und gaben sich zum Schluss mit viel weniger zufrieden, als sie ihren Anhängern einst in Aussicht gestellt hatten. Auch Parteien wie etwa die mexikanische PRI, die als lange Zeit einzige organisierte

---

<sup>1</sup> Hier wie auch im Verlauf der gesamten Ausführungen in diesem Buch wird stillschweigend angenommen, dass männliche ebenso wie weibliche Angehörige des genannten Universums gemeint sind. Die mancherorts verwendete Formel »LateinamerikanerInnen« ist mir orthografisch, ästhetisch und lesetechnisch absolut unverdaulich.

politische Kraft aus der blutigen Revolution von 1910-1920 hervorgegangen war, haben diesen Prozess durchgemacht. Die MNR-Bewegung, welche in Bolivien den sozialen Aufstand von 1952 dirigiert hatte, wurde ihrerseits ursprünglich von unzweifelhaft revolutionär gestimmten Volksmassen getragen. Der rechtspopulistische, im Ursprung sogar faschistenfreundliche Kern um Víctor Paz Estenssoro verfolgte im Verlauf der folgenden Jahrzehnte jedoch eine Linie, die zum Schluss tief hinein ins bürgerlich-konservative, neoliberale Lager reichte.

Viel seltener die umgekehrte Evolution: Als eines der wenigen Beispiele kann dasjenige des zivilen Diktators Getúlio Vargas in Brasilien genannt werden. Er begann 1930 als Anhänger rechtsradikaler Politik, bekehrte sich dann aber (in seinem zweiten, diesmal verfassungsmäßigen Mandat, 1950-1954) zu moderaten, diffus linkgerichteten Postulaten.

Was eine Definition und Abgrenzung linker Politik des Weiteren erschwert, ist die Tatsache, dass sozialistische Bewegungen und Parteien einer ständigen Tendenz zu Spaltungen, dann aber auch wieder zur Bildung von Koalitionen unterliegen. Diese Neigung ist beispielsweise im mittelamerikanischen Kleinstaat El Salvador besonders deutlich zum Ausdruck gekommen. Sie hat dort auch dramatische, für alle Beteiligten schmerzhaft Auswüchse – wie die Ermordung des revolutionär gesinnten Schriftstellers und Aktivisten Roque Dalton, Ergebnis fanatischer und letztlich steriler Richtungskämpfe – erzeugt. Ein Hang zur Zersplitterung ist auch in einigen Andenländern wie Bolivien, Peru und Ecuador zu beobachten, wo oft Dutzende linksgerichteter Parteien, Gruppen und Sekten an den Wahlen teilnehmen.

Erschwerend für die politische Praxis erweist sich gerade in Lateinamerika auch immer wieder die Streitfrage, wie sich die Linke dem Mittelstand gegenüber zu verhalten habe, ob gemeinsame Politik mit dem Ziel eines echten Sozialismus mit menschlichem Gesicht und demokratischer Substanz überhaupt möglich sei und welche Lehren diesbezüglich aus den bisher gemachten Erfahrungen zu ziehen seien.

Die Notwendigkeit einer Abgrenzung stellt sich selbstverständlich auch in diesem Buch, soll ein Ausufer in verschiedenen Richtungen vermieden und ein genügendes Maß an Prägnanz erzielt werden. Vernachlässigt oder nur am Rande vermerkt werden demnach einerseits Regierungen und politische Projekte, die sich als eindeutig und dauerhaft linkspopulistisch, somit als nur oberflächlich oder rhetorisch sozialistisch erweisen. Andererseits würde hier auch der rein bürgerlich geprägte Reformismus kaum Zählbares bringen. Ausgrenzen müssen wir zudem die militärischen Erfahrungen linksradikaler Aufstandsbewegungen, ge-

wissermaßen den *body count*, also die bluttriefende Statistik solcher Gewalttätigkeit. Interessieren kann uns Guerilla nur insofern, als sie um ideologische oder strategische Auseinandersetzung bemüht oder Ausdruck eines breit abgestützten politischen und sozialen Willens ist, somit echt revolutionären Charakter hat – jenseits von wildem Abenteuerertum und Robin Hood-Romantik. Wenn wir uns hier also auch mit bewaffneter Rebellion befassen, dann sicher nicht aus Gewaltgläubigkeit, sondern einzig und allein im Bemühen, aus schmerzlichen, nur in seltenen Fällen erfolgreichen Prozessen Lehren zu ziehen.

Linkspopulistische und bürgerlich-reformistische Regime verlaufen in Lateinamerika entweder früher oder später im Sande oder sie werden, wenn es die Militärs überhaupt so weit kommen lassen, von den enttäuschten Volksmassen sang- und klanglos abgewählt. Klassische Beispiele dafür sind wie gesagt die Herrschaften der PRI und des MNR. Oder sie enden im Chaos (García) oder in tödlicher Verzweiflung ihres Anführers (Vargas). Oder sie werden, wie in Mexiko (López Obrador), durch Wahlbetrug im Keime erstickt. Oder ihr Wirken wird von den Nachfolgern, die nicht selten aus den Reihen der eigenen Partei kommen, »korrigiert« und damit nachträglich sterilisiert. So ist es beispielsweise im Argentinien der 1920er Jahre geschehen, als Marcelo Torquato de Alvear mit seiner Mittelstandspartei UCR die populistische Linie seines Vorgängers und Parteigenossen Hipólito Yrigoyen merklich nach rechts verschob. Dies war auch das Schicksal der linksnationalistischen Militärregierungen in Peru, Panama, Bolivien und Ecuador von 1968 bis in die 1970er Jahre hinein. In allen vier Ländern folgten ihren Protagonisten (den Generälen Juan Velasco Alvarado, Omar Torrijos, Juan José Torres beziehungsweise Guillermo Rodríguez) Waffenbrüder oder Zivile auf den Fuß, die das Rad der Geschichte zurückdrehten und die Macht alteingesessenen Klänen wieder anvertrauten.

Gelegentlich entstehen im Inneren solcher Parteien, Bewegungen und Regierungen Gruppen von Aktivisten, die auf eine Radikalisierung der Reformen drängen. Das war der Fall unter Juan Domingo Perón, der in den ersten Jahren seiner Herrschaft von einem Intellektuellen namens John William Cooke sekundiert wurde. Solche Einflüsse werden, wenn sie allzu forsch an den Grundfesten der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung rütteln, in der Regel stillschweigend neutralisiert. Oder, wie es mit derartigen reformistisch orientierten Kernen in der Liberalen Partei Kolumbiens immer wieder geschah, mit brutaler Gewalt beseitigt.

Es kann aber auch vorkommen, dass bürgerlich-reformistische oder linkspopulistische Regierungen tatsächlich eine »gefährliche« Eigendy-

namik entwickeln, die – meistens gegen den Willen ihrer Chefs – in der Bevölkerung zunehmende Erwartungen weckt und diese damit weiter nach links führt. Dieses Schicksal ist etwa dem chilenischen Christdemokraten Eduardo Frei Montalva (1964-1970) widerfahren, der sich von der Rechten zum Schluss prompt den Vorwurf machen lassen musste, er habe dem Sozialisten Salvador Allende den Weg bereitet und deshalb die Rolle eines Kerenskis gespielt. Die Kontrolle über den sozialen und politischen Gärungsprozess verlor zum Beispiel auch der Brasilianer João Goulart (1961-1964), als im Nordosten des Landes die Agrarligen immer ungeduldiger auf eine Umverteilung des Bodens drängten und die Radikalisierung in studentischen Kreisen um sich griff.

Es wird für uns im Folgenden jedoch auch Grenzfälle geben, in denen wir uns mit politischen Phänomenen zu beschäftigen haben, die eindeutig in das Kapitel des Populismus gehören. Das trifft in erster Linie auf die Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA) zu, die der Peruaner Víctor Raúl Haya de la Torre 1924 im mexikanischen Exil gründete. Denn in ihren Ursprüngen hatte diese Bewegung eine radikale Orientierung, die zu jener Zeit in weiten Teilen Lateinamerikas hitzige Debatten auslöste. Im Verlauf der Jahrzehnte und in den Turbulenzen politischer Praxis ist ihr diese Radikalität dann allerdings weitgehend abhanden gekommen. Grenzfälle bilden eigentlich auch die Volksfronten, in denen der bürgerliche Einfluss immer wichtig, manchmal sogar entscheidend war. Weil sie aber gleichzeitig als Ausdruck einer Suche nach dauerhaften Lösungen für die wirtschaftlichen und sozialen Nöte großer Volksmassen zu verstehen sind, weil Kommunisten, Sozialisten und linksradikale Minderheiten in ihrem Schoße eine wichtige Rolle spielten und weil sie zudem in eine für Lateinamerika so schicksalsträchtige Regierung mündeten, wie jene der Unidad Popular Allendes in Chile, können wir dieses Thema hier nicht einfach ignorieren.

Ziel der nachfolgenden Untersuchung ist es, Licht auf Leben und Werk linksgerichteter Kräfte in der Geschichte dieses Erdteils zu werfen und dabei Erfahrungen herauszukristallisieren. Das Hauptaugenmerk wird auf die Frage gerichtet sein, was uns die Pioniere und Idealisten, die von einer solidarischen Gesellschaft träumten, mit auf den Weg gegeben haben. Denn dass wir über die Zukunft unserer Völker – und ganz besonders über die Perspektiven der ärmeren Hälfte der Menschheit – nachdenken müssen, scheint mir angesichts der zunehmend perversen Entwicklung des Kapitalismus seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks unerlässlich zu sein. Die absurde Konzentration des Reichtums, die Tatsache, dass ein paar hundert Personen oder Familien



zusammen so viel besitzen wie jene ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, zwingt uns, nach alternativen Formen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Organisation zu suchen. Schauen wir dem gegenwärtigen Trend tatenlos zu, kann es auf dieser Erde weder kurz- noch langfristig, weder in der geplünderten Dritten Welt noch im wohlhabenden Norden des Globus echten und dauerhaften Frieden geben.

Das vorliegende Buch ist als Ergänzung und Fortsetzung zur »Geschichte Lateinamerikas vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart« zu verstehen, die 2006 im C.H. Beck-Verlag erschienen ist. Schon in dieser Einleitung sind verschiedene Fakten, Entwicklungen und Protagonisten angesprochen worden, die dort ausführlicher dargestellt sind. Ich verzichte bewusst darauf, im Folgenden Hinweise und Querverbindungen zu jenem Werk herzustellen, obwohl dazu an manchen Stellen Anlass geboten wäre. Wichtiger ist, die Leserschaft auf andere Quellen aufmerksam zu machen, die meine Nachforschungen zu diesem Text erleichtert und bereichert haben.

## Der »Che«, das Leitbild

*»Seid immer fähig, bis ins Tiefste jede Ungerechtigkeit zu empfinden,  
die irgendwo auf der Welt irgend jemand angetan wird.  
Das ist die schönste Eigenschaft des Revolutionärs.«*

Ernesto »Che« Guevara

In den Bergen von La Higuera und Ñancahuazú wächst nur hartes Gras und Gestrüpp. Da und dort überlebt ein knorriger Baum. Kaum eine Ziege verirrt sich in die unwegsamen Schluchten. Ganze Tagesmärsche braucht es von einem Weiler bis zum nächsten.

In dieser unwirtlichen Gegend verbrachte der Che die letzten Tage seines Lebens. Auf diesen verlorenen Pfaden kämpfte er, von einer Handvoll Rebellen begleitet, verzweifelt mit seinem Asthma und gegen die Niederlage.

So gründlich hat sich der legendäre Rebell geirrt! Wenige Teile Lateinamerikas sind dünner besiedelt, wirtschaftlich regungs- und bedeutungsloser, zur Konsolidierung einer Aufstandsbewegung ungeeigneter als diese. Schon damals, Mitte der 1960er Jahre, konnte der Feind das karge Bergland leicht überwachen. Die introvertierten, der Politik und erst recht dem sozialistischen Umsturz abgeneigten Indios beobachteten den bärtigen Fremdling und seine Kampfgenossen voller Misstrauen. Die wahren Herde der Unrast in Bolivien, die Minen und die Universitäten, lagen für die Guerilla in unerreichbarer Ferne.

Nichts, so warnten manche Ortskundige den Che beizeiten, würde sein bewaffnetes Abenteuer am Wendekreis des Steinbocks erleichtern. Nichts, man weiß es vier Jahrzehnte danach nur zu genau, hatte Boliviens Realität mit den Verhältnissen in der Sierra Maestra Kubas gemein.

Und doch: »Nur *eine* Art Menschen«, rief der brasilianische Weihbischof Dom Hélder Cãmara kurz nach der Erschießung des Che jungen Franzosen in der Mutualité de Paris zu, »diejenigen mit planetarischer Vision und universalem Herzen, können das Wunder vollbringen, die Ungleichheit zwischen Rassen, Geschlechtern und sozialen Klassen, Unterwürfigen und Aufmüpfigen, zwischen Unwissenden und Geschulten zu beseitigen. Nur Gewalttätige wie die Propheten bringen das fertig, nur wer nach Gerechtigkeit dürstet wie der Che, nur Wahrhaftige wie Christus.«

Christus und der Che im selben Atemzug, und erst noch im Munde eines Prälaten: Der Grundstein zum Mythos war im April des bewegten Jahres 1968 gelegt, die Ikone vom »unsterblichen« Rebellen geprägt, der Archetyp des »linken«, »neuen« Menschen geschaffen. Unwiderstehlich und weltweit übt er seither seine Faszination aus, über die Grenzen des Alters und des sozialen Standes, über Kordillern und Ozeane hinweg. Slumbewohner glauben ebenso fest an ihn wie manche Geistliche und Intellektuelle. Und ganz gewiss ist seine ungebrochene Anziehungskraft nicht nur eine Frage des Marketings, das ihn auf T-Shirts, Feuerzeug und Armbanduhren, Buchtiteln und CD-Hüllen unermüdlich zur Schau stellt.

Dass Ernesto Che Guevara auch mehrere Jahrzehnte nach seinem Tod immer wieder wie ein Phönix aus der Asche aufsteigt, ist erstaunlich: Die Geschichte Lateinamerikas scheint seine Postulate seither doch widerlegt zu haben. Die Guerilla ist fast auf dem gesamten Subkontinent gescheitert, ihr politisches Projekt durch den Zusammenbruch des Kommunismus dazu verdammt, ins Reich der Utopie relegiert zu werden. Von Venezuela bis nach Argentinien, in Bolivien, Brasilien, Chile und Uruguay ist der bewaffnete Aufstand linksradikaler Gruppen von den Militärs und ihren Helfern aus dem Norden gnadenlos zerschlagen worden. In Guatemala und El Salvador konnten die Bürgerkriege nach entsetzlichem Blutvergießen schließlich mit Friedensabkommen beendet werden. In Nicaragua triumphierten die Rebellen zwar – doch bei der ersten Gelegenheit wählte sie das Volk ab.

Ein einziger, allerdings großer blutroter Flecken ist derzeit auf der Landkarte Lateinamerikas noch zu sehen: mitten im politisch »schwarzen« Kolumbien. Im Gegensatz zu Bolivien und den wirtschaftlich höher entwickelten Staaten des Cono Sur (Südzipfel Amerikas) bieten sich den Aufständischen in dieser 40-Millionen-Nation gesellschaftspolitisch, historisch und geographisch vergleichsweise ideale Voraussetzungen. Das bittere Erbe der Gewalttätigkeit wird hier seit Gründung der Republik von Generation zu Generation weitergereicht und durch immer neue Konfliktfaktoren erweitert. Die wichtigste Guerilla des Landes (FARC) ist in den meisten der 27 Provinzen aktiv. Linksgerichtete Rebellen, reguläre Armeetruppen, paramilitärische und parapolizeiliche Banden im Sold von Großgrundbesitzern und Rauschgifthändlern wüten und morden in endloser Sequenz. Die Zivilbevölkerung wird dabei erbarmungslos aufgerieben, entwurzelt und verjagt.

## Das Ideal einer humanen Gesellschaft

»Der Fluss verschlingt mich, das ist mein Schicksal... Aber das Schicksal kann man mit der Macht des Willens verändern. Sterben, gewiss, aber von Kugeln durchsiebt«, hatte der 19-jährige Ernesto Guevara in seinem Tagebuch notiert. Wilde Entschlossenheit trieb den jungen Argentinier noch vor dem Abschluss seines Studiums hinaus in die Welt, die er verändern wollte. Zweimal knatterte er auf seinem alten Motorrad nach Süden, Westen und Norden, durch die Anden bis zum Isthmus und weiter nach Mexiko. Er hat auf diesen Reisen dieselbe soziale Wirklichkeit schärfster Kontraste, schreienden Unrechts und empörender Armut gesehen wie Millionen anderer Touristen. Wie kaum jemand hatte er jedoch die Fähigkeit, diese Bilder intensiv zu verarbeiten und in revolutionäre Wut umzusetzen. In jene gewaltige Empörung, die Hélder Câmara den Propheten zuschreibt. Die sich weder mit Rhetorik noch mit Sentimentalität noch mit karitativer Hilfe begnügt.

Viele Jahre danach schrieb der Che seinen Kindern ins Gedenkbuch: »Seid immer fähig, bis ins Tiefste jedes Unrecht zu empfinden, das irgendwo auf der Welt irgend jemandem angetan wird.« Hier – und in seiner Obstination, den Worten auch kühne Taten folgen zu lassen, wo immer möglich also mit dem eigenen Beispiel voranzugehen – muss der Code des Mythos versteckt sein. Solche Tatkraft wiegt noch schwerer, wenn sie familiäre Geborgenheit und hohe Ämter verschmäh und stattdessen dem altruistischen Ideal naheifert.

Die Entwicklung einer gerechteren und humaneren Gesellschaft sah Che Guevara als Ergebnis des Zusammenwirkens dreier Komponenten: erstens sozialistischer Produktionsverhältnisse, zweitens der Nutzbarmachung von Technik und Wissenschaft im Rahmen dieser neuen Ordnung und drittens der Erziehung zum solidarischen Menschen. Alle drei Faktoren müssten nach seiner Überzeugung zusammen wirksam werden, um eine integrale Veränderung herbeizuführen. Wenn in der neuen Gesellschaft ein sowohl im kleinsten Kreise wie auch weltweit solidarisch denkender und handelnder Mensch mit einer neuen Einstellung zur Arbeit und zur Kultur entstehen sollte, musste der einzelne Mensch intensiv an seiner eigenen Erziehung und Bewusstseinsveränderung mitwirken (vgl. Guevara 2003: 10f.).

Was der Revolutionär Guevara nicht – oder viel zu wenig präzise – klärte, das sind die Fragen, wie weit in der neuen Gesellschaft die Sozialisierung der Produktionsverhältnisse gehen, welche Mechanismen der Mitbestimmung von unten herrschen, wie die soziale Kontrolle des Ma-

nagements funktionieren und welche Grade von wirtschaftlicher Planung sie bestimmen sollten.

Trotzdem kann als gesichert gelten, dass er staatskapitalistische Konzepte ablehnte und verlangte, dass schon in der Übergangsphase ein neues kommunistisches Bewusstsein entstehen sollte. »Wir bekämpfen die Armut, aber auch die Entfremdung.« Ohne diesen geistigen Wandel gebe es letzten Endes auch keinen Wandel in den wirtschaftlichen Strukturen. Aus dieser Überlegung heraus stützte sich das kubanische Modell (noch unter Ches Einfluss) bis gegen Ende der 1960er Jahre auf minimale Lohnunterschiede, die Sicherung der Grundbedürfnisse durch kostenlose Erziehung und Gesundheitsfürsorge sowie Rationierung zu stark subventionierten Preisen, Verteilung von Kühlschränken, Fernsehapparaten etc. aufgrund von Beschlüssen von Arbeiterversammlungen, nichtmonetäre Stimuli (für »sozialistischen Wetteifer«), Freiwilligenarbeit und Kampagnen für kommunistische Bewusstseinsbildung (»der Gemeinschaft mit Arbeit zurückerstatten, was sie an sozialen Dienstleistungen gewährt«). Der Mensch müsste wegkommen von der egozentrischen Haltung, die das bürgerliche Leben prägt. Freiwillige Arbeit sollte eigentlich nur für soziale Projekte, z.B. beim Bau von Kinderkrippen, geleistet werden. Sie wurde jedoch bald auch auf die Zafra (Zuckerrohrernte) ausgedehnt (vgl. Harris 1992: 112-115).

Der »neue Mensch«, den er entstehen sehen wollte (und der in bürgerlichen Kreisen so gern voller Håme belächelt wird), sein exemplarisches Verhalten als Revolutionsführer, die freiwillige Arbeit, die er vorantrieb – dies steht gewiss in schroffem Gegensatz zu stalinistischen Praktiken. Als er 1961 den Zuckerarbeitern erklärte, dass sich die Notlage in Kuba verschärfen werde (fortan wurden Milch und Fleisch rationiert), gab er gleichzeitig ein Versprechen ab, das die Anwesenden begeisterte: »In den neuen Etappen des revolutionären Kampfes wird es niemanden geben, der mehr erhält als andere, es wird keine privilegierten Funktionäre geben, auch keine Latifundisten... Die nächsten Güter und die nächsten Opfer werden gleichmäßig unter alle verteilt werden, ausgenommen die Kinder, die in diesem Land immer die Privilegierten sind.« (Habel 1997: 217) Mehrmals beschrieb Che Guevara die kubanische Gesellschaft als eine »immense Schule«, welche den Staatsbürger mittels Zusammenwirkens von freiem Willen und sozialem Zwang einem stetigen Prozess der Selbsterziehung unterwerfe.

Als ersten Verantwortlichen der Umerziehung und Selbsterziehung des Menschen erkannte der Che den Guerillero. Um auf das Volk glaubwürdig zu wirken, müsse dieser jederzeit moralisch tadellose Führungs-

eigenschaften bekunden und sich in allen Situationen um einen selbstbeherrschten, selbstlosen Lebenswandel bemühen. In seinen eigenen Worten, auf eine prägnante Formel zusammengefasst: »Der Guerillakämpfer muss ein Asket sein.« (zit. nach Hodges 1992: 175) Einige – wie Augusto Sandino in Nicaragua – schienen diesem Ideal schon vor ihm selbst nahegekommen zu sein, ebenso einige seiner Epigonen. Viele andere sind aber an diesem zentralen Gebot früher oder später gescheitert.

Lebendiges Vorbild müssen sodann nach Guevaras Vorstellungen vor allem jene Genossen sein, die in der Kommunistischen Partei leitende Positionen innehaben. Von ihnen wird verlangt, dass sie Arbeitseifer und Aufopferung im Dienste der Gemeinschaft durch ihr eigenes Beispiel lehren, auch wenn dies jahrelangen harten Kampf gegen die Schwierigkeiten des Aufbaus und gegen jegliche Art von feindlichen Einflüssen bedeutet. Wiederum kann man vermuten, dass die kubanische Revolution von einigen, vielleicht nicht wenigen Parteileuten getragen wurde (und immer noch wird), die sich ehrlich und unermüdet darum bemühten (und sich auch in der Gegenwart immer noch abrackern), in die Fußstapfen ihres berühmten Lehrmeisters zu treten. Denn anders ist das Überleben des sozialistischen Regimes inmitten endloser Nadelstiche und Bedrohungen seitens der USA und inmitten vielfältiger eigener Mängel und Schwächen kaum erklärbar.

Ankreiden mag man ihnen allen, dass sie die Dogmen der Einheitspartei (als einziger Partei) und der Diktatur des Proletariats unbesehen aus dem marxistischen Arsenal übernommen haben. Selbstverständlich bekannte sich auch der Che zu diesen kommunistischen Postulaten. Ihm schienen jedoch in gewissen Momenten Zweifel hinsichtlich des klassischen marxistischen Verständnisses dessen zu kommen, was man unter dem Begriff der Avantgarde, also der treibenden Kräfte der Revolution zu verstehen hätte. Ironisch erklärte er einmal: »Die Partei hat schon für dich entschieden, und du musst es nur noch schlucken... Wir dürfen weder Lohnarbeiter schaffen, die dem offiziellen Denken unterworfen sind, noch ›Stipendiaten‹, die vom Staatsbudget leben und sich dabei in einer Freiheit in Anführungszeichen üben.« (Habel 1997: 222) Welche Schäden aus der Existenz einer Einheits- und Staatspartei entstehen, analysierte er indessen kaum. Ebenso wenig schien ihm bewusst zu werden, wie unvereinbar eine proletarische Diktatur mit echt demokratischen Überzeugungen wäre.

## Schock der Realität

In der Praxis, in seiner Eigenschaft als Minister der Revolutionsregierung, befasste sich Guevara immer wieder mit den vielfältigen konkreten Problemen der sozialistischen Wirtschaft. Insbesondere mit Fragen mangelnder Disziplin bei der Arbeit (zum Beispiel in verschiedenen Reden, die in Guevara 2003: 64ff., 70-73, 86f. wiedergegeben werden). Doch seine Analysen wirken oberflächlich, sie erschöpfen sich in hilflosen Appellen an die Moral der Genossen. Es sei, so betonte er in einer Ansprache (ebd.: 132), Aufgabe der kommunistischen Avantgarde, die Arbeiter weg zu bringen von der im bürgerlichen System so weit verbreiteten Erwartung materieller Anreize und an deren Stelle die moralischen Stimuli zu setzen, »die Haltung von Menschen, die kämpfen und sich aufopfern und dafür nichts anderes erwarten als die Anerkennung der Compañeros... Der materielle Anreiz wird keinen Platz in der neu zu schaffenden Gesellschaft haben...«

Solche Appelle zeugen zwar von hohen Idealen. In wahrscheinlich nicht wenigen Fällen dürften diese im kommunistischen Kuba trotz gigantischer Widerstände, die der Revolution von innen und von außen entgegenwirkten, auch tatsächlich realisiert worden sein. Es sei auch nicht a priori ausgeschlossen, dass dieses Ziel in einer von echt sozialistischem Geist geprägten Gesellschaft nach vielen Generationen, unzähligen Rückschlägen und allerlei Experimenten dereinst erreicht werden kann. Aber innerhalb eines absehbaren Zeithorizonts wirkt es derart utopisch, dass seine einzigen Effekte eigentlich nur sarkastische Reaktionen auf der anderen Seite und Ohnmacht, Resignation und Frustration im eigenen Lager sein können.

Erbarmungslos mit der Realität konfrontiert wurde Che auch hinsichtlich der Sitten und Gepflogenheiten des so genannten realen Sozialismus, wie er zu jener Zeit existierte und an dem sich Kuba unter der Führung von Fidel Castro – aus Gründen, auf die wir noch näher eingehen werden – zusehends stärker orientierte. Ihre ersten Erfahrungen mit den sowjetischen Geschäftspraktiken und Moskaus Großmachtdiplomatie mussten die Revolutionäre auf der Karibikinsel während der Raketenkrise machen. Stück für Stück entdeckten sie die bedrückende Wirklichkeit des autoritären bürokratischen Sozialismus und die Existenz von Privilegien der dortigen Machthaber. Schnell wurde Che bewusst, dass Kuba wegen seiner Abhängigkeit vom sowjetischen »großen Bruder« enormen Schwierigkeiten und Pressionen ausgesetzt sein würde, wollte es seinen eigenen Vorstellungen von Sozialismus treu bleiben.

Wenn man ihm in dieser Frage etwas vorwerfen konnte, dann am ehesten seine Neigung, den polizeilichen und repressiven Charakter des sowjetischen politischen Systems nicht in seiner wahren Dimension sehen zu wollen (Habel 1997: 221).

Aus heutiger Sicht kann man dem Argentinienkubaner noch in diversen anderen Aspekten Fehler ankreiden. Gleichzeitig mit der Ablehnung all dessen, was als stalinistische KP-Politik und KP-Strategie erkannt wurde, bekundete er – wie unzählige seiner Nacheiferer – »Vertrauen« in die Fähigkeit der UdSSR, revolutionäre Prozesse in Lateinamerika zu unterstützen. Die Sowjets sollten dabei auf die Anwendung von marktwirtschaftlichen Mechanismen im Außenhandel verzichten, d.h. kubanischen Zucker zu stark subventionierten Preisen kaufen und Havanna russisches Erdöl weit unter dem Marktpreis verkaufen, und sie sollten den jungen linksgerichteten Regimen auf dem Subkontinent durch andauernde und massive »Bruderhilfe« unter die Arme greifen. Genau darüber polemisierte Guevara 1965 in Algier mit dem französischen Linksintellektuellen Charles Bettelheim (Rodríguez 1995: 158ff.).

Gestützt auf solche Überzeugungen, die von keinem geringeren als einem Ernesto Che Guevara bekundet wurden, glaubten nach ihm viele Linksradikale, dass sie Grundgesetze der Ökonomie ungestraft missachten konnten. Moskau würde es schon richten... Jeder Versuch, Mittel, Wege und Lösungen zu suchen, die nicht in ihre Vorstellungen von einem lupenreinen Sozialismus passten, wurde als ein Werk von Konterrevolutionären gegeißelt. Unter der einzigen Bedingung, dass man wirklich Kommunist war, so hatte der Che in einer seiner Schriften (*La planificación comunista: su significado*) gelehrt, »und einem Mindestmaß an Organisation und Flexibilität wird man wahre Wunder vollbringen«.

Als fataler Trugschluss erwies sich auch der Glaube, dass man die vorrevolutionären Verhältnisse in Kuba quasi automatisch in ganz Lateinamerika wiederfinden würde. Bekanntlich hatte Che Guevara die Absicht, Bolivien nur als Ausgangspunkt zu nehmen, um das revolutionäre Feuer auf dem gesamten Halbkontinent zu entfachen. Alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen (ebd.: 59ff.): Dass die Regierung dieses Landes, so unterentwickelt und bettelarm es auch war, nicht untätig zuschauen würde, wie die Rebellen im Innern zu rumoren begannen. Dass wahrscheinlich die Guerilleros von der Mehrheit des Volkes als fremde Eindringlinge abgewiesen würden. Dass sich vor allem die Bauern, Indigenas der Ketschua-Rasse, kaum als wohlgesinnte Helfer und Sympathisanten mobilisieren ließen. Dass der – im besten Moment nur rund 40 Guerilleros zählende – Fokus im Südosten des Andenstaats allzu weit von den re-



volutionär gesinnten Bergarbeitern, den städtischen Gewerkschaften und Studenten eingerichtet würde und daher politisch isoliert bliebe. Dass die bolivianische Armee nicht gleich auseinanderbrechen, sondern von den US-Amerikanern vielmehr im Schnellverfahren auf die neue Herausforderung getrimmt und gedrillt würde. Dass keine der halbwegs einflussreichen Parteien dem Abenteuer der Rebellen günstig gesinnt wäre, nicht einmal die KP, und dass damit eine mögliche Nabelschnur zur Arbeiterschaft schon gar nicht angeknüpft werden konnte... *Die revolutionäre Partei, so frohlockten die Männer um Che, die sich in dieser wichtigen Frage auf Régis Debray beriefen, sollte ja als eine Frucht des Kampfes entstehen...*

Einseitig wurde eine Wette auf die militärische Aktion abgeschlossen, was unweigerlich auf Kosten politischer Basisarbeit geschah. Andere, wie die Tupamaros in Uruguay oder die Stadt- und Landguerilla in Brasilien begingen denselben Fehler, von der gleichen Blindheit geschlagen, unmittelbar danach. Es war, wie wenn der Che seinen eigenen, so eminent wichtigen Ratschlag (in: *Guerra de guerrillas*) vergessen oder selber gar nicht ernst genommen hätte: Dass die Revolutionäre nicht vorzeitig zu den Waffen greifen dürften, solange nicht alle Mittel zu einem gewaltlosen Kampf erschöpft seien (Castañeda 1993: 329). Aller mythische Glaube an die Bereitschaft des Volkes, die Rebellen zu unterstützen, nützt da nichts – schon gar nicht, wenn das politische Verhalten seiner verschiedenartigen Segmente nicht gründlich ausgelotet worden ist.

## Ches Geheimnis

Erfolg oder Misserfolg, Triumph oder Tod: Für die Bewunderer des legendären Guerilleros ist das nicht relevant. Für sie zählt nicht rationales Abwägen. Der emotionale Input ist entscheidend. Darum haftet auch allen Feiern zum Gedenken des Che ein nostalgischer Zug an. Lieder statt Reden. Gedichte, aber keine Programme. »Wenn man jung ist«, räumt der brasilianische Theologe Frei Betto in einem Porträt Guevaras ein, »genügen zu einer guten Sache zehn Prozent Vernunft, vierzig Prozent Emotion, und der Rest ist eine Frage des Stils...« (Die Weltwoche, 2.10.1997)

Jungsein, noch vor der Schwelle zum Altern die entscheidende Schlacht zu schlagen, das ist eine der Trumpfkarten, die der damals 39-jährige Rebell ins Massengrab von Vallegrande mitgenommen hatte. Eine andere: sein eigenes Beispiel, seine Fähigkeit, von einem Ideal zu träumen. Anders als so viele Politiker in Lateinamerika, die der Korruption und Vet-

ternwirtschaft Vorschub leisteten, hinterließ er das Bild eines jederzeit bescheiden lebenden Führers, der an sich und andere dieselben Anforderungen stellte. Das revolutionäre Projekt sollte seiner Ansicht nach einen über jede Form der Bestechlichkeit erhabenen Führer entstehen lassen, der seine Worte und seine Taten miteinander in Einklang bringt. Seine persönliche Bescheidenheit war legendär. Er führte einen unaufhörlichen Kampf gegen die Bürokratisierung der neuen Verwaltung und versuchte, zuerst als Präsident der Nationalbank, dann als Industrieminister eine ganz neue Form der Machtausübung durchzusetzen. Dies misslang ihm, und »der Argentinier«, wie ihn bestimmte Beamte verächtlich nannten, schuf sich zahlreiche Feinde in den eigenen Reihen (Habel 1997: 218).

Von Jugendlichkeit zeugte auch seine antidogmatische Einstellung. Er war überzeugt, dass jede historische Situation eine neue Annäherung erforderte. Dass Marx und Engels etwa die Probleme von Übergangsgesellschaften (in der Dritten Welt) noch gar nicht kennen konnten. Überzeugt auch, dass der Marxist nicht nur Kapitalismus-Kritik, sondern ebenso Sozialismus-Kritik zu üben habe. »Die einzige Form, die zur Lösung von Irrtümern führt, ist die, die Irrtümer aufzudecken, sie publik zu machen... und die einzige revolutionäre Form ist die der öffentlichen Diskussion der Irrtümer...« (Fornet-Betancourt 1994: 246f.). Kaum einer in der Geschichte Lateinamerikas hat eigene Fehler so schonungslos aufgedeckt und zur Diskussion gestellt wie Che Guevara.

Gewiss: Sein gewaltsamer Tod ist »rechtzeitig« erfolgt, um den Mythos zu begründen (Hergott 2003: 109). Doch auch die messianische Ausstrahlung, die Ruhe und Reinheit, die sein totes Antlitz in der von bitterer Armut zeugenden Schulstube zu La Higuera zeichneten, erklären für sich allein die Dauerhaftigkeit des Nimbus nicht. Als Untergrundkämpfer hatte er keine Bedenken, ein gewöhnlicher Mensch zu sein und seine Schwächen zu zeigen. Anders als sein Kampfgenosse Fidel Castro, der Unermüdliche, der immer den Zugang zu den Menschen suchte, brauchte der Che die Introversion, die Isolierung. Im Guerillakrieg zog er sich oft zur Lektüre zurück, im Stillen kämpfte er gegen Asthma und Diarrhöe. In grenzenloser Prinzipientreue lehnte er jede Form von Populismus im Sinn von Volksnähe ab, wie Castro sie ein halbes Jahrhundert lang pflegte.

Seine sterblichen Überreste wurden von Bolivien nach Kuba überführt. Einer Seligsprechung stand nichts mehr im Weg. Poeten und Literaten, Philosophen und Essayisten besangen die »Geste des Che Guevara«: von Jean-Paul Sartre bis Nicolás Guillén, von Julio Cortázar bis Gabriel García Márquez, Mario Benedetti und sogar Mario Vargas Llo-

sa (auch wenn er es später nicht mehr wahrhaben wollte). Auch die kommerzielle Ausbeutung der Marke Che war längst nicht mehr zu vermeiden.

Auf den hässlichen Wänden lateinamerikanischer Slums haftet sein Bild mit Mähne und Sternchenmütze unauslöschlich. Sein Konterfei und seine Parolen gehören zum Inventar der Landlosen in Brasilien, der Vertriebenen in Kolumbien, der Arbeitslosen in Argentinien, der Besitz- und Rechtlosen des ganzen Erdteils. Wo immer Studenten für eine bessere Welt demonstrieren, ist der Che präsent. »Die Utopien«, beglückwünscht sich Frei Betto, »sind wie der Che: stärker als alle, die sie begraben wollen«.